



Nr. 295

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Verkaufspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 600 Milliarden M., wöchentlich. Wochenspreis 600 Milliarden M., ohne Trägerlohn. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormitage.

Aktives Vorgehen Deutschlands in der Reparationsfrage.

Eine Rede Stresemanns. — Neue Schritte in Paris und Brüssel.

Der deutsche Außenminister über die auswärtige Lage.

Berlin, 17. Dez. Bei dem vom Verein Berliner Presse gestern im Reichstag veranstalteten Empfang, dem Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Dr. Marx, Vizekanzler Dr. Jarres, Reichsminister des Außern Dr. Stresemann, Reichswehrminister Dr. Gessler, Reichspostminister Dr. Höfle, der preußische Ministerpräsident Braun mit den Ministern Boelzig und Dr. Wendhoff, die Präsidenten des Reichstages und des preußischen Landtages, sowie zahlreiche andere Persönlichkeiten beiwohnten, hielt Reichskanzler Dr. Marx eine Ansprache, in der er u. a. ausführte, der Tag der Ruhrbesetzung hätte sich demnächst. Eine unermessbare Kette von Jammer, Leid und Elend habe sich an diesen Tag angeschlossen. Von der betroffenen Bevölkerung seien Taten vollbracht worden, die man erst in künftiger Zeit richtig einschätzen werde. Aber nun wirteten sich die Folgen dieses Eingreifens in unser Wirtschaftsleben aus. Wir haben, so führte der Kanzler aus, Wochen vor uns, die vielleicht schwerere Anforderungen an die innere Charakterfestigkeit des gesamten deutschen Volkes stellen werden, als manche Epochen der Kriegszeit. Der Kanzler wies dann darauf hin, daß von allen Schichten der Bevölkerung heldenhafte Opfer äußerster Not gebracht werden müßten. Die Regierung sei entschlossen, ihre Pflicht zu tun, damit alles geschehe, was notwendig sei, um das Leiden von uns abzuwenden. Es werde der ganze deutsche Opfergeist dazu gehören, daß wir nicht unterliegen. Der Reichskanzler wies auf den hohen Zweck der charitativen Hilfe für die Notleidenden hin und drückte unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Hoffnung aus, daß der Abend sowohl dem Verein guten Erfolg bringen, als auch in allen den Gedanken entzündeten werde: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern.

Hierauf ergriß Reichsminister des Außern Dr. Stresemann das Wort. Er erinnerte am Eingang seiner Ausführungen an die gestern erfolgte Veröffentlichung der zweiten Serie der Akten des Auswärtigen Amtes, sowie daran, daß Rathenau seiner Zeit das Erscheinen des ersten Teils schon eine Tat im Dienste der Wahrheit nannte, dazu bestimmt, der Wahrheit über die Ursachen des Weltkrieges den Weg zu ebnen. Wir haben, so führte der Minister aus, Entbehrungen und Not wie kein anderes Volk auf uns genommen, um die Pflichten des Vertrages von Versailles zu erfüllen. Aber die Anerkennung der moralischen Ehrenrechte lehne er ab und jede deutsche Regierung werde sie ablehnen. Erst, wenn auch die anderen Regierungen ihre Archive geöffnet hätten, werde ein gerechtes Urteil über die Entfesselung des größten Unglücks der Zeit möglich sein. Der Redner verwies sodann auf den heute ein halbes Jahrzehnt nach Kriegsende in Deutschland herrschenden Zustand, auf die Besetzung deutschen Landes, auch solchen Landes, wo für die Besetzung Gründe nicht im Vertrag stehen, auf die fortwährende Gefangenschaft zahlreicher Deutscher, die fremde Verwaltung auf deutschem Boden, die Ausnützung deutschen Besitzes und die Unterdrückung der öffentlichen Meinung im besetzten Gebiet. Vor der Ruhrbesetzung habe die Reichsregierung alles getan, um zu einer Verständigung zu kommen, so bei den Konferenzen in London und Paris. Sie habe sich den Gedanken eines Rheinpaktes zu eigen gemacht. Trotzdem sei die Ruhrbesetzung erfolgt. Auch während des Ruhrkampfes habe Deutschland durch ein Angebot der Regierung Cuno die Hand zum Frieden geboten und sich in ihrem Memorandum zur Übernahme weitgehender und weitestgehender Verpflichtungen erbötet. In der Geschichte der Völker sei es unerhört, daß ein großer Staat auf kein Angebot nicht einmal einer Antwort gewürdigt werde. Als dann dem Kabinett, dem der Redner vorgestanden habe, die schwere Aufgabe zuteil geworden sei, den Widerstand im Ruhrgebiet zu beendigen, habe man geglaubt, daß dieser Entschluß der Regierung den Beginn internationaler Verhandlungen bedeuten würde. Dies habe uns schon zu Opfern veranlaßt. Die Tatsache, daß heute ein Vermögen des Reiches nicht mehr vorhanden und daß der Ruhrkampf nicht daran schuldig ist, sollte dazu führen, einen neuen Weg internationaler Verständigung zu geben. Aber die Demarche der deutschen Re-

gierung habe zu dem Einwand geführt, der passive Widerstand sei immer noch nicht beendet, da die militärische Kontrolle noch nicht wieder eingeführt sei. Die Regierung habe sich in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung gegen die Wiederaufnahme der Kontrolle gewehrt, weil sie angesichts der herrschenden Erregung die Verantwortung für Leben und Sicherheit der Kontrollorgane heute nicht übernehmen könne. Der letzte Schritt der Reichsregierung habe bewiesen, daß sie trotz der Angriffe von jenen, die sie oft unverantwortlich kritisierten, den Weg der Verständigung für die direkten Verhandlungen gehen wolle. Der Minister führte dann weiter aus: Wir sind diesen Weg gegangen, weil wir uns dazu in erster Linie gegenüber unseren Volksgenossen an Rhein und Ruhr verpflichtet fühlen. Die besetzten Gebiete sind im Zustand eines okkupierten Kriegesgebietes. Sie sind es ohne die Rechte, die ein solches nach dem geltenden Völkerrecht hat. Wenn sie vorläufig okkupiertes Kriegesgebiet bleiben, so haben sie ein Recht auf Regelung ihrer Verhältnisse. Auch aus einem anderen Grunde müsse man, so legte Dr. Stresemann weiter dar, zu einem modus vivendi für das Ruhrgebiet kommen. Eine Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch die demnächst tagende interalliierte Kommission sei nicht möglich, wenn nicht vorher Klarheit darüber bestehe, wie es an Rhein und Ruhr stehe. Unser Rechtsstandpunkt sei vollkommen klar: Wir werden niemals die Legalität des Ruhr-einbruches anerkennen. Wir wollen uns diesen klaren Rechtsstandpunkt in keiner Weise vor der Welt verwißeln lassen. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß die Kommission sich von dem Stande der deutschen Finanzen gründlich überzeuge. Wir würden unsere Bücher vollkommen offen hinlegen. Die Kommission zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit sei ebenso unserer Unterstützung sicher, wie diejenige zur Untersuchung der Kapitalflucht. Für die Aufzeigung eines Weges zur internationalen Erfassung des deutschen Kapitals im Ausland, von dem man sich eine weit übertriebene Vorstellung mache, werde niemand dankbarer sein als die Reichsregierung, die jeden Weg dazu begrüßen werde. Aber das beste Mittel nicht nur entschloßenes, sondern auch fremdes Kapital nach Deutschland zu ziehen, sei die Sicherung des Friedens, der Ruhe und der Entwicklung Deutschlands. Zum Staat gehört, so führte der Reichskanzler weiter aus, eine feste Grenze. Wo ist unsere Grenze? Zum Staat gehört die Ausübung souveräner Macht. Wo ist unsere Souveränität an Rhein und Ruhr? Zum Staat gehört Autorität nach innen und nach außen? Wie soll die deutsche Regierung Autorität nach innen haben, wenn sie von außen fortwährend so gedemütigt wird, daß sie nicht in der Lage ist, ihre Autorität im eigenen Gebiet geschnitten auszuüben? Wenn man uns die ruhige Entwicklung von außen garantiert, werden wir auch im Innern ruhigen Zeiten entgegengehen. Ist man der deutschen Regierung die Ausübung ihrer Autorität, Frieden, Freiheit und Entwicklung, dann werden wir mit den extremen Strömungen im Innern schon fertig werden und es bedarf nicht der Sorge fremder Regierungen über diese Erscheinungen. Wenn sich vom Rhein bis zum Ural nur noch kaufarme oder kaufunfähige Völker befinden, so erschüttern sie die Grundlagen der gesamten Weltwirtschaft. Jetzt sei Deutschland, so sagte der Minister weiter, ein krankes Glied am europäischen Körper. Wir hätten die charitative Hilfe der ganzen Welt anrufen müssen, um der deutschen Not zu steuern. Es sei ihm eine angenehme Aufgabe, den Dank auszusprechen für alles, was in der ganzen Welt sich rege, in einem sich Erinnern an Menschlichkeit gegenüber dem, was Deutschland durchmacht. Der Redner begrüßte besonders auch die Auslands Spenden für das geistige Deutschland. (Schluß der Rede folgt.)

Ein neuer deutscher Schritt bei Frankreich und Belgien.

Berlin, 15. Dez. Zu der neuen Demarche bei der französischen und belgischen Regierung wird von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß die deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel beauftragt worden sind, in den dortigen Außenministerien den gesamten, sich aus der gegenwärtigen politischen Situation ergebenden Fragenkomplex zur Sprache zu bringen und dabei den Standpunkt der Reichs-

Neueste Nachrichten.

Auf einer Veranstaltung der Berliner Presse gab Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen Überblick über den Stand der Ruhr- und Reparationsfrage, und kennzeichnete die vollkommene Rechtlosigkeit Deutschlands. Trotzdem der passive Widerstand Deutschlands im Ruhrgebiet eingestellt sei, habe Frankreich die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes abgelehnt unter dem Einwand, der Widerstand sei noch nicht beendet, da Deutschland die militärische Kontrolle nicht zulassen wolle. Trotz der Gegnerschaft gewisser Kreise im Innern habe man nun nochmals einen Schritt bei den Besetzungsmächten gemacht, um endlich zu Verhandlungen zu kommen. Von dem Grundjah, daß Rhein und Ruhr deutsch bleiben müssen, werde keine deutsche Regierung abgehen.

Der angekündigte neue Schritt der deutschen Regierung ist sowohl in Paris wie Brüssel erfolgt. Wie aus Paris gemeldet wird, will Poincaré auch dieses Vorgehen Deutschlands sabotieren, indem er dagegen Einspruch erheben will, daß die „Rechtmäßigkeit“ der Ruhrbesetzung und der jetzt erfolgten Verträge angefaßt werde. Auch will er durch Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reparationskommission, Rheinlandkommission und Besetzungsmächten soviel als möglich Komplimenten schaffen.

Die deutsche Regierung ist bei der Reparationskommission darum eingekommen, eine Anleihe bis zu 70 Millionen Dollars im Auslande zuzulassen, die zu Zwecken des Ankaufs von Lebensmitteln verwendet werden sollen. Für die Anleihe wird ein Vorrecht vor den Reparationen beansprucht, da sonst die ausländischen Geldgeber das Darlehen nicht gewähren wollen.

Wie aus Washington gemeldet wird, will die amerikanische Regierung eine Untersuchung über das Vorhandensein gefälschten deutscher Kapitalsanlagen in der amerikanischen Weltwirtschaft nicht zulassen.

regierung in folgendem Sinne darzulegen: Da jetzt auch von französischer und belgischer Seite zugegeben werde, daß der passive Widerstand in den besetzten Gebieten restlos beseitigt sei, stehe nach den früheren Erklärungen beider Regierungen einer grundsätzlichen Erörterung sowohl der Reparations- als auch der Rhein- und Ruhrfrage nichts mehr im Wege. Die Reparationsfrage als solche sei allerdings inzwischen schon durch die Beschlüsse der Reparationskommission über die Einsetzung der beiden Komitees in eine neue Phase getreten. Wenn Deutschland auch alles tun wolle, um die Tätigkeit der beiden Komitees fruchtbringend zu gestalten, so sei doch kaum zu hoffen, daß auf diesem Wege eine schnelle und unmittelbare Lösung der Frage zu erreichen sei. Die wirkliche Lösung könne vielmehr nur in einer unter Beteiligung aller interessierter Mächte herbeizuführenden radikalen Neuregelung bestehen, die zugleich die von der Reparationsfrage untrennbare Rhein- und Ruhrfrage mit umfassen müsse. Die Bildung der beiden Komitees hindere nach Ansicht der Reichsregierung auch keineswegs, schon jetzt in einen neuen Gedankenaustausch von Regierung zu Regierung über das Gesamtproblem einzutreten. Ein solcher Gedankenaustausch sei besonders dringlich, weil mit größter Beschleunigung Klarheit über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten geschaffen werden müsse. Ohne diese Klarheit würden die Beratungen der Komitees der Reparationskommission vollkommen in der Luft hängen. Die Verträge der Besatzungsbehörden mit den deutschen Industriellen und mit der Eisenbahnverwaltung genügen nicht, um die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet zu gewährleisten. Es sei nicht nur zweifelhaft, ob die deutsche Industrie trotz ihres guten Willens die Verträge werde durchführen können, sondern es bedürfe auch noch einer Reihe anderer äußerst wichtiger Punkte der Regelung. Dahin gehörten namentlich die Frage der Wiederherstellung der durch die Ausweisung und Verurteilung der Beamten

machten
er Art
nd farbige
Erwachsene
hürzen
öcke
Salw.
er Hof.
ends 8 Uhr:
ahrt.
Vorspiel und
n Kino,
Mädchen.
te
w
aner
b. Markt
thaus
elle
ente
Breise
lager
der
hafte Preise.
ndlung.
enke
en
en
röl
sel
er
kel
recher
63.

zerstörten deutschen Verwaltung sowie die Frage des Wirtschaftsverkehrs der besetzten Gebiete mit dem unbesetzten Deutschland. Ohne eine Regelung dieser Fragen sei nicht nur eine einigermaßen erträgliche Gestaltung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten, sondern darüber hinaus auch eine Gesundung der Reichsfinanzen und damit eine Regelung der Reparationsfrage undenkbar. Da Fragen der vorgezeichneten Art nur durch Verhandlungen von Regierung zu Regierung geklärt werden könnten, schlägt die deutsche Regierung vor, solche Verhandlungen unverzüglich zu eröffnen.

Die amerikanischen Sachverständigen.

Paris, 16. Dez. Sämtliche Delegierte der in der Reparationskommission vertretenen Mächte teilten einzeln dem amerikanischen Beobachter Logan mit, daß sie in einer Plenarsitzung General Dawes und Owen Young anzufragen beabsichtigen, als amerikanische Sachverständigen an den Ausschubarbeiten über den Ausgleich des deutschen Budgets und die Stabilisierung der deutschen Währung teilzunehmen. — Dem Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ zufolge wurde Young auf Ersuchen Coolidges zum amerikanischen Hauptfachverständigen gewählt, während Dawes als zweiter Delegierter fungieren soll.

Amerika lehnt die Beschlagnahme deutschen Kapitals ab.

Paris, 15. Dez. Nach einer vom „Petit Journal“ veröffentlichten Meldung aus Washington verlautet aus offizieller Quelle, Präsident Coolidge sei der Auffassung, daß die amerikanische Regierung keine Möglichkeit habe, zu Nachforschungen bei Bank-, Kredit- oder ähnlichen Instituten nach deutschen Kapitalien zu erteilen, wie der Entschleunigungsplan der Reparationskommission es vorsehe.

Ein Antrag Deutschlands auf Gewährung einer Anleihe zum Kauf von Lebensmitteln.

Paris, 16. Dez. Die deutsche Kriegslastenkommission hat gestern abend der Reparationskommission eine Note überreicht, in der sie ersucht, zugunsten einer im Auslande aufzunehmenden Anleihe zum Zwecke des Ankaufs von Lebensmitteln die Priorität auf die Reparationszahlungen zurückzustellen.

Berlin, 16. Dez. Die gestern vom Vorsitzenden der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, der Reparationskommission übergebene Note der deutschen Regierung lautet: Deutschland hat nach dem Ergebnis der letzten Getreideernte und nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit der Brotgetreidezufuhr einen Bedarf von etwa noch 1 1/2 Millionen Tonnen bis August 1924. Da der Ankauf, die Verfrachtung über See, die Verteilung im Inland auf die Mühlen, die Vermahlung, die Zufuhr des Mehls an die Verbraucher einen Zeitraum von mehreren Monaten erfordern, kann mit dem Ankauf und der Einfuhr dieser Getreidemengen nicht gewartet werden, bis die inländischen Getreidevorräte aufgebraucht sind. Die Ankäufe aus dem Auslande müssen auf einen längeren Zeitraum verteilt werden, weil bei einem Zuwarten bis zur Erschöpfung der inländischen Getreidevorräte Ergänzungsankäufe nur bei stärker anziehenden Preisen erfolgen können und außerdem infolge der Verknappung der inländischen Vorräte eine übermäßige Steigerung des Inlandspreises eintreten würde. Deutschland ist für den Ankauf dieses Getreides auf die Aufnahme von ausländischem Kredit angewiesen. Ferner hat Deutschland nach den Erfahrungen der letzten Jahre zu seiner Fettversorgung einen laufenden Zuschuß aus dem Auslande notwendig, der monatlich 10 000 Tonnen beträgt. Die Einfuhr dieser Fettmengen ist für den dringenden Lebensbedarf der deutschen Bevölkerung unerlässlich und ohne Auslandskredite gefährdet. Bei den Kreditverhandlungen, die aus den dargelegten Gründen eingeleitet wurden, hat sich ergeben, daß ausländische Banken zu einer Kreditgewährung in Höhe von 50—70 Millionen Dollar bereit sind, daß sie den Kredit aber nur unter der Voraussetzung geben wollen, daß diesem Kredit die Priorität vor den Reparationsverpflichtungen Deutschlands eingeräumt wird. Die deutsche Regierung beehrt sich daher, die Reparationskommission zu bitten, eine grundsätzliche Erklärung in der Richtung abzugeben, daß für einen für den Ankauf von Brotgetreide und Fett bestimmten dreijährigen Kredit in Höhe bis zu 70 Millionen Dollar gemäß Art. 251 des Vertrags der Vorkriegszeit vor den Reparationsverpflichtungen eingeräumt wird. Die deutsche Regierung bittet die Reparationskommission im Hinblick auf die dargelegte Dringlichkeit, um die Beschleunigung ihrer Entscheidung.

Der Antrag auf Einräumung des Vorranges des Kredites vor den Reparationsverpflichtungen erwies sich als nötig, da inzwischen einwandfrei festgestellt ist, daß ohne diese Vorbedingung ein solcher nicht zu erlangen ist. Es bestehen berechtigte Hoffnungen, daß der Kredit gewährt wird, wenn die Reparationskommission den Vorrang vor den Reparationsverpflichtungen erklärt. Nach Art. 251, Abs. 2 des Vertrages von Versailles haben die Kosten der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, soweit sie von den alliierten und associierten Regierungen für not-

Amtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung betr. Erwerbslosenfürsorge.

Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung betragen in der laufenden Woche (vom 10.—15. Dezember einschl.):

	in den Orten der Ortsklassen	
	E	D und C
1. für männliche Personen:	Milliarden Mark	
a) über 21 Jahren	600	550
b) unter 21 Jahren	360	330
2. für weibliche Personen:		
a) über 21 Jahren	480	440
b) unter 21 Jahren	290	270
3. die Familienzuschläge für:		
a) den Ehegatten	170	160
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	120	110

Die Familienzuschläge (Nr. 3) dürfen insgesamt die Hauptunterstützung (Nr. 1 und 2) nicht übersteigen.

Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen in ihrer Summe das Doppelte der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zufließt. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

Calw, den 14. Dezember 1923.

Oberamt: G ö s.

Bekanntmachung.

Die (Stadt-)Schultheißenämter und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts werden auf die Bekanntmachung des Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Pensionskasse für Körperschaftsbeamte betr. die 2. Nachumlage im Rechnungsjahr 1923 vom 10. 12. 1923 — Staatsanz. Nr. 291 — hingewiesen mit der Aufforderung, die im Monat Dezember 1923 fällige Hälfte der Umlage alsbald an die Pensionskasse abzuführen.

Calw, den 14. Dez. 1923.

Oberamt: G ö s.

wendig erachtet werden, um Deutschland die Erfüllung seiner Wiedergutmachungsverpflichtungen zu ermöglichen, denselben Vorrang in dem Maße unter den Bedingungen, die von den a. und a. Regierungen festgesetzt werden. Die Reparationskommission hat nunmehr erneut die Möglichkeit, zu zeigen, daß sie dem deutschen Volk die notwendigen Existenzbedingungen gewähren und damit die Voraussetzungen zur Wiederherstellung seiner Reparationsfähigkeit schaffen will.

Der amerikanische Handelssekretär Hoover über die Lebensmittelnot in Deutschland.

London, 15. Dez. Nach einer Meldung der „Times“ aus Washington besagt eine vom Handelssekretär Hoover verfasste Mitteilung über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, daß Deutschland drei größeren Schwierigkeiten gegenüberstehe. Die erste sei der Zusammenbruch der deutschen Währung, der die Verteilung der letzten Ernte katastrophal beeinflusst habe, da die Landwirte das so gut wie wertlose Papiergeld nicht annehmen wollten. Die zweite Schwierigkeit sei die, daß die deutschen Kaufleute das angemessene Maß der Einfuhr, das notwendig sei, um das Defizit der inneren Erzeugung auszugleichen, nicht finanzieren könnten, weil die verringerte Ausfuhr die kaum zur Verfügung stehende Menge auswärtiger Devisen vermindert habe. Die dritte Schwierigkeit sei die weitverbreitete Arbeitslosigkeit, infolge deren Millionen von Arbeitern nicht genügend Lebensmittel kaufen können, selbst wenn sie sich auf dem Markte befänden. Hoover erklärt, der normale Prozeß der Verteilung vom Land nach der Stadt sei unterbrochen und viele Geschäfte seien gezwungen, zu schließen. Die Landbevölkerung sei reichlich mit Lebensmitteln versorgt und in einem geringeren Maße auch die kleineren Städte in den landwirtschaftlichen Bezirken, die in der Lage seien, mit den Landwirten Tauschhandel zu treiben. Vermögende Leute in den großen Städten und die teuren Hotels und Restaurants seien ebenfalls gut versorgt. Die Gesamtlast des wirtschaftlichen Bankrotts hätten die Arbeiterbevölkerung, die Alten und Invaliden und die Angestellten in den großen Städten und in den Industriebezirken zu tragen, insgesamt etwa 20 Millionen Menschen. Deutschland müsse eine gewisse Menge Lebensmittel einführen. Die für das gegenwärtige Erntejahr benötigte Einfuhrmenge werde unter der Voraussetzung, daß die Verteilung im Inneren sichergestellt werden könne, etwa 50 Millionen Bushels Roggetreide, 700 000 Tonnen Schweinefett, Molkereiprodukte, Pflanzenöl und Delfamen betragen. Im Ruhrgebiet herrsche seit Langem völlige Arbeitslosigkeit und sie nehme in anderen Orten Deutschlands zu. Die Not sei groß und unter ihr hätten besonders die Kinder zu leiden. Es sei alles in allem ein akuter wirtschaftlicher Zusammenbruch. Zum Schluß erklärt Hoover: Die Lösung, die am Ersten den Wiederaufbau verspreche, sei die Schaffung eines auswärtigen, kommerziellen Kredites für die Lieferung von Lebensmitteln, für deren Einführung die Erlaubnis jetzt von der deutschen Regierung nachgesucht werde. Eine derartige Kreditoperation würde nicht nur eine vermehrte Einfuhr schaffen, sondern sie würde auch infolge des Verkaufes dieser Einfuhr im Innern der neu eingeführten Währung einen substanzialeren Hintergrund geben. Außer einer dergleichen Anleihe könnten die Arbeitslosenunterstützungen und die

öffentlichen wohltätigen Speisungen bestritten werden. Die vorgeschlagene Maßnahme würde natürlich nur eine zeitweilige sein, denn die endgültige Lösung des Problems werde nur durch die Regelung der politischen Beziehungen, die Wiederherstellung der Währung und der Produktion herbeigeführt werden. Dies würde auf jeden Fall Zeit erfordern.

Württembergischer Landtag.

Die Rede des Finanzministers.

(S. 3.) Stuttgart, 15. Dez. Finanzminister Dr. Schaaf gab in längerer Rede zunächst eine Darlegung über die Entwicklung der Reichsfinanzen und über die finanziellen Beziehungen zum Reich. Der Ruhrkampf beschwor den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft des Reichs und damit auch der Länder und Gemeinden herauf. Die heillose Verwirrung unseres ganzen Gesellschaftens zwang die Reichsregierung zu den Verordnungen über die Errichtung der Deutschen Rentenbank und über den sog. Personalabbau. Mit Stilllegung der Notenpresse muß die Reichsregierung alle denkbaren Anstrengungen machen, den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen und sie kann das nur, wenn Länder und Gemeinden nicht mehr am Reichsbeutel hängen, sondern in die Lage versetzt werden, eine selbständige und selbst verantwortliche Finanzwirtschaft zu treiben. In diesem Verlangen begegnen sich Reich, Länder und Gemeinden. Durch die Art des Vorgehens des Reichsfinanzministeriums wurden wir in eine scharfe Abwehrstellung gezwungen. Die Staatshauptkasse war einen Tag lang ohne Mittel und das Staatsministerium gezwungen, das Finanzministerium zur Herstellung landeseigenen Papiergelds im Wege der Notverordnung zu ermächtigen. Energetische Vorstellungen in Berlin haben keinen Erfolg gehabt. Später erklärte das Reich, es sei nicht mehr in der Lage, den Ländern für sich und ihre Gemeinden Darlehen zur Aufrechterhaltung ihrer Verwaltung zu geben. Von diesem Standpunkt ist nun das Reich seitdem nicht abgegangen und die Folge war, daß die Länder mit allem Nachdruck forderten, daß ihnen die Hoheit über die direkten Steuern zugleich mit deren Verwaltung zurückgegeben werden. Sollen die Länder ihre Finanzen wieder einigermaßen in Ordnung bringen, so können sie das nur, wenn sie in ausreichendem Maße über Abgaben verfügen, die ihrer alleinigen Bestimmung und Verwaltung unterstehen. Der Minister besprach dann die Frage des Beamtenabbaus, um den Württemberg so wenig herunkomme, wie das Reich und andere Länder. Die Ausgaben beliefen sich in der Zeit vom 23. Oktober bis 14. November auf 1 Trillion 618 Milliarden, die ordentlichen planmäßigen Einnahmen einschl. der Reichszuschüsse nur auf 454 Milliarden. Die Erwerbslosenfürsorge belastet Württemberg wöchentlich mit 250 000 Goldmark. Aus diesen Zahlen ergibt sich der furchtbare Ernst der Finanzlage mit zwei Möglichkeiten: entweder Zusammenbruch oder Beschränkung der Ausgaben auf die möglichen Einnahmen. Was die Reichsabbauverordnung vorschreibt, werden wir nicht einfach unbeachtet übernehmen und im Abbau nicht weitergehen, als die Finanzlage es unbedingt erfordert, weil wir stets sparsam gewesen sind. Abbau des öffentlichen Apparats bedeutet aber auch Abbau seiner Inanspruchnahme durch die Bevölkerung. Die Situation duldet kein Zuwarten und keine Verzögerung. Ohne Annahme des Ermächtigungsgesetzes können die Lebensinteressen des Landes nicht gewahrt werden. — Hier wurde abgebrochen und die Weiterberatung auf Freitag nachmittag 3 Uhr vertagt.

Der Landtag und der Beamtenabbau.

(S. 3.) Stuttgart, 15. Dez. Die Abg. Hartmann, Groß, Scheef, Kübler, Eisele, Bikes, Ehrhart, Keller haben folgende Große Anfrage eingebracht: Die systematische Uebernahme der Personalabbauverordnung des Reiches auf württembergische Verhältnisse im Bereiche der Eisenbahn- und Postverwaltung würde, da Württemberg ohnehin einen viel geringeren Personalstand als das Reich aufzuweisen hat, eine so starke Verminderung des Personals bedeuten, daß in Württemberg zum Schaden der Bevölkerung erheblich größere Betriebseinsparungen notwendig werden würden, als in anderen Reichsgebieten. Ist das Staatsministerium bereit, die württ. Belange auf dem Gebiete des Verkehrswezens dem Reich gegenüber gebührend zu wahren?

Gib keinen Auftrag nach auswärts!

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. Dezember 1923.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß G ö h n e r fand am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Das Kollegium beschloß, dieses Jahr von der Einrichtung der Lösung von Neujahrswünschensbelegarten Abstand zu nehmen, weil keine erheblichen Beträge nach Abzug der Ankosten zu erwarten sind. — Die Kostenaussparungen im R ö s t e l b a c h t a l sind am letzten Montag begonnen worden. Der Vorsitzende teilte mit, er habe den Eindruck erhalten, daß die Leute sehr fleißig und arbeitswillig seien, und daß ihnen die Arbeit direkt willkommen sei. Die Arbeit mache gute Fortschritte. Am den Beschluß des Kollegiums durchzuführen, den Notstandsarbeitern im Hinblick auf die schwierige Arbeit und verhältnismäßig geringe Unterstützung gewisse Vergünstigungen zu gewähren, schlug der Vorsitzende vor, den Arbeitern mittags eine kräftige Reis- oder Linsensuppe zu verabreichen. Auch sollen besonders bedürftige Arbeiter, die keine geeigneten Schuhe haben, solche von der Stadt geliefert erhalten.

Im Einzelregister wurde die Firma Ernst Bischof im Leinachtal Gemeinde Altbühl gelistet.
Im Gesellschaftsregister wurde bei der Firma Marmorwerk Hirau, Majer und Proß in Hirau eingetragen: Die Firma lautet jetzt: Vereinigte Marmorwerke Hirau-Leinachtal Majer und Proß. Der Sitz ist verlegt nach Leinachtal Gemeinde Altbühl.
Calw, 13. Dezember 1923.

Amtsgericht.

Gemeinde Güttingen.

Laubholz-Stammholz-Berkauf

Am nächsten **Mittwoch, 19. Dezember 1923** kommen aus dem Gemeinewald Schleiberg und Nuchtert zum Verkauf:



- 54 Stück **Bau-, Wagner- u. Küfereichen** mit zus. **43,20 Fm.**, worunter 37 Stück mit über 30 cm Durchmesser;
- 18 Stück **Linden** mit zus. **6,42 Fm.**,
- 12 Stück **Erlen** mit zus. **3,73 Fm.**,
- 3 Stück **Weißbuchen** mit zus. **0,53 Fm.**,
- 1 Stück **Rotbuche** mit zus. **0,34 Fm.**,
- 11 Stück **Birken** mit zus. **1,72 Fm.**,
- 4 Stück **Aspen** mit zus. **0,96 Fm.**

Zusammenkunft nachm. 1/2 1 Uhr bei Fr. Wöner, Sägewerk Liebhaber sind eingeladen.

Güttingen, den 14. Dezember 1923.

Schultheißenamt: Widmann.

Zigarren und Zigaretten



in **25 Stück-Weihnachts-Packungen** empfehlen in großer Auswahl

Ott & Mack, Calw

Wand-Kalender

mit Markt-Verzeichnis des Bezirkes sind in der Geschäftsstelle ds. Bl. das Stück zu 10 Pfg. erhältlich.

Empfehle für Weihnachten als Spezialität meinen altbekannten

Calwer Zwiebad

Hermann Siebenrath.

Leucht-Petroleum

Benzin, Benzol
Maschinenöl, Gasöl

Boden-Oel

im Auftrag d. Ropa-AG.
Stuttgart noch einige
Paß günstig abzugeben

Vertreter:

Ritter-Drogerie Calw

Fernsprecher Nr. 163.

Unsere Schalter und Geschäftsräume

(mit Ausnahme der Devisen- und Effektenabteilung. Fernsprecher Nr. S.A. 22536, 22537, 23330, 23338 23339, 23799, F. 22536, F. 22537, 21161, 21168) befinden sich

**jetzt in dem Gebäude
Reinsburgstraße 19, pt.**

(Fernsprecher 3257, 3258, 3693, 3694, 3695).

Wir halten uns für die Eröffnung von

- provisionsfreien } **Papiermarkkonten** (Zinssatz 1/2 % p. Tag)
- } **Rentenmarkkonten** (Zinssatz 4 % p. a.)
- } **Dollar-Girokonten** (zinslos)
- } **Goldnotenkonten und Währungskonten** (Zins nach Vereinbarung)

sowie für die

- Diskontierung von } **Papiermark-Warenwechsell**
- } **Rentenmark - effektiv - Wechsell**
- } **Wechsell auf fremde Währung** lautend empfohlen.

Des weiteren bringen wir uns für:

- den An- u. Verkauf ausländischer Geldsorten** (Devisen)
- die Eröffnung von Scheckkonten**
- die Annahme von Bareinlagen** auf kürzere und längere Zeit zu günstigen Zinssätzen
- den An- und Verkauf von Wertpapieren**
- Vermögensverwaltungen** in empfehlende Erinnerung.

Unsere **Goldanweisungen**, die nur gegen Einreichung von Devisen erworben werden können, sind fertiggestellt und liegen zur Ausgabe bereit.

**Württembergische Notenbank
Stuttgart (Aktiengesellschaft).**

An unsere auswärtigen Bezieher!

Wir bitten unsere auswärtigen Leser, die ab 1. Januar unser Blatt weiter zu beziehen wünschen, ihre

Bestellung rechtzeitig zu erneuern,

damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt. Diejenigen Leser, die das Blatt gegen Geld beziehen, müssen ihre Bestellung bei den Poststellen und Postboten erneuern.

Die Naturalbezieher, die zu den erhöhten Sätzen bei dieser Bezugsart bleiben wollen, müssen ihre Bestellungen, soweit keine örtliche Annahmestelle vorhanden ist, bei unserer Geschäftsstelle in Calw erneuern.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Wir liefern zum billigsten Tagespreise:

- Vorlagsteine,**
- Mauersteine,**
- Pflastersteine,**
- Kunststeine,**
- Bahnschotter,**
- Straßenschotter,**
- Flickschotter,**
- Betonierschotter,**
- Grus und Sand.**

Schotter- & Steinwerk Malmshelm, G. m. b. H., Malmshelm N. Leonbg.

Schönes Stroh

verkauft
Wilhelm Schneider,
Güttingen D. N. Nagold.

Ia. Weizenmehl 00, Brotmehl, Futtermittel

empfehlen
F. Nonnenmacher.

2 bis 4 Zimmer

unmöbliert für Bürozwede sofort zu mieten gesucht. Angebote unter Chiffre E. N. 294 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Abschließbarer Bodenraum

zu mieten gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Älteres Dienst-Mädchen

kann sofort eintreten bei Güterbeförderer Bauer.

1 starkes Läufer-schwein, unter zwei die Wahl, fest dem Verkauf aus Heinrich Gehring, Sieblung.

Passende Weihnachtsgeschenke

- Gesichtsseifen** einfach und in Packungen
- Zahn-, Haar- u. Handbürsten**
- Kämme, Brillantine, Haaröl**
- Haarwasser aller Art**
- Rasierapparate**
- Rasierseifen, Rasierpinsel**
- Schwämme**
- Zahnpasten, Mundwasser**
- Köln. Wasser, Parfüm**
- und andere Toilette-Artikel**

empfiehlt

Ritter-Drogerie Calw Fernsprecher Nr. 163.



Wenn Sie Ihrer Schaufensterausstellung, die Sie doch auf **Weihnachten** erneuern werden, Beachtung verschaffen wollen, so müssen Sie auf solche im Anzeigenteil dieses Blattes hinweisen, denn Sie erhöhen dadurch die Zugkraft Ihrer Ausstellung.

Städt. Kleieabgabe

an sämtl. hiesige Raulnchenhalter am Dienstag von 1-5 Uhr bei **W. Zwerger,** neben dem Gaswerk.

1 Schaf

zugelassen. Abzuholen geg. Einrückungsgebühr und Futtergeld bei **Jakob Rentschler, Wettenbachw. u.**

Zwiebel und Knoblauch,

haltbare Ware, sind eingetroffen. **H. Röhm.**

Fensterleder

empfiehlt **Albert Wochel, Lederhandlung.**

Jeder Gewerbetreibende

wendet sich bei Bedarf an Drucksachen aller Art, als Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Zirkulare, Preislisten usw. an die Druckerei dieses Blattes.



Bekleidung * Ausstattung

Paul Röchle, Calw.